



Die Präsidentin

Herrn
Bundesminister
Hubertus Heil, MdB
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Wilhelmstr. 49
10117 Berlin

Vorab per E-Mail

05.08.2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz (SodEG) ist für die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege von elementarer Bedeutung. Wir können jetzt schon feststellen, dass es vielerorts konkret gemeinnützige Einrichtungen und Dienste abgesichert hat und absichert. Ferner ist auch die folgende Signalwirkung nicht zu unterschätzen: Das SodEG hat unseren Trägern Handlungssicherheit gegeben und klargestellt, dass die Bundesregierung hinter der Freien Wohlfahrtspflege steht. Dass vor Ort vielfach individuelle vertragliche Regeln außerhalb des SodEG gefunden wurden, die beispielsweise eine Fortzahlung der vereinbarten Vergütung für einzelne Arbeitsfelder sicherstellen, schreiben wir zumindest zum Teil ebenfalls dieser Signalwirkung zu. In diesem Sinne möchte ich mich noch einmal ausdrücklich für Ihren Einsatz und den Ihrer Mitarbeitenden bedanken.

Jetzt wende ich mich an Sie mit der Bitte, die Verlängerung des SodEG über den 30. September hinaus auf den Weg zu bringen. Es ist absehbar, dass sich die Lage in diesem Jahr nicht gravierend verbessern wird, wir rechnen weiter mit Schließungen und Beeinträchtigungen, besonders im Herbst diesen Jahres.

Die Verlängerung ist zwingend angezeigt und wäre gleichzeitig ein erneutes Zeichen der Wertschätzung und Unterstützung für die unverzichtbare soziale Arbeit in den gemeinnützigen Einrichtungen und sozialen Diensten.

Wenn wir Sie oder Ihre Mitarbeitenden in irgendeiner Form unterstützen können, wenden Sie sich gerne jederzeit an uns. Für ein persönliches Gespräch stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gerda Hasselfeldt